



Diskussion mit Vertretern der Belegschaft »Aluminium of Greece«, 21. September 2012

■ REFERATE AUS DER REISEGRUPPE NACH IHRER RÜCKKEHR

»Wir leben unter einer parlamentarischen Diktatur«

Ich will zum Abschluss eine kurze politische Zusammenfassung unserer Reise-Eindrücke zur Diskussion stellen.

1. Bedingungen und Schwierigkeiten des gewerkschaftlichen Widerstandes

Den Gewerkschaften ist es – trotz zahlreicher Generalstreiks – nicht gelungen, die mit den Memoranden verbundenen Spardiktate abzuwehren oder wenigstens zu mildern. Im Gegenteil, die Daumenschrauben durch die Troika werden immer enger gezogen. Die tiefe wirtschaftliche Depression hat der über Jahrzehnte praktizierten Tarifpolitik den Boden entzogen. In einer Situation, in der Betriebe massenhaft Konkurs anmelden mussten, viele andere ums Überleben kämpfen, in der ein Viertel der Bevölkerung arbeitslos ist und zehn Prozent seit über einem halben Jahr keinen Lohn mehr ausbezahlt bekamen; in einer solchen Situation sind die Gewerkschaften mit ihrem Tariflatein am Ende. Was die Krise an tariflichen Möglichkeiten noch übrig ließ, wurde von der Regierung beseitigt. Mit ihrer parlamentarischen Mehrheit beschloss sie unter anderem:

- Auslaufende Branchentarife verlieren ihre bindende Wirkung; individuelle und betriebliche Vereinbarungen haben nun Vorrang.
- Den Gewerkschaften wurde verboten Lohnerhöhungen zu vereinbaren, solange die Arbeitslosenquote über 10 Prozent liegt.
- Die Löhne im öffentlichen Dienst werden durch die Regierung und das Parlament geregelt.

»Wir leben unter einer parlamentarischen Diktatur«, so das Fazit eines unserer gewerkschaftlichen Gesprächspartner.

Die gewerkschaftliche Strategie – als Tarif- und Sozialpartner die Interessen der abhängig Beschäftigten innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu sichern und auszubauen – ist in Griechenland völlig in sich zusammengebrochen. Dementsprechend sank das Ansehen der gewerkschaftlichen Dachverbände bei den arbeitenden Menschen – auch wegen der engen Verbindung der vom Staat bezahlten Gewerkschaftsfunktionäre zu den etablierten Parteien, vor allem zur PASOK.

2. Die Selbstdemontage der parlamentarischen Demokratie und das Aufkommen einer faschistischen Massenbewegung

»Die parlamentarische Demokratie ist kaum mehr eine Attrappe, hinter der sich der autoritäre Maßnahmestaat formiert«, erklärte Gregor Kritidis hier im IG-Metall-Haus vor einem dreiviertel Jahr. Das können wir nach unserem Aufenthalt in Griechenland nur bestätigen. Die mit den Memoranden verbundenen Sparauflagen ließen sich nicht durchsetzen ohne den Bruch der griechischen Verfassung, der parlamentarischen Regeln und vor allem der Arbeits- und Gewerkschaftsrechte. Seit zweieinhalb Jahren befindet sich die griechische Demokratie in einem Prozess der Selbstdemontage, begleitet von einem Erstarken des außerparlamentarischen Widerstandes auf der Linken und dem Aufkommen einer faschistischen Massenpartei.

Die Wahlergebnisse spiegeln diese Entwicklung wieder. Zwei Beispiele:

1. 2009 wurde die PASOK mit 44% zur stärksten Partei, im Juni dieses Jahres erhielt sie noch 12%, nach neuesten Umfragen liegt sie jetzt bei 5%. Sie befindet sich im Auflö-

sungsprozess, so die Kommentare zur Abstimmung über das dritte Memorandum.

2. Die faschistische »Goldene Morgenröte«, die 2009 nur 0,3% der WählerInnen mobilisieren konnte, erhielt bei den letzten Wahlen 7% und liegt nach neuesten Umfragen bei 14%.

Dem Kapital, der herrschenden Klasse und der Regierung in Griechenland nutzt das Erstarken einer faschistischen Partei.

1. So wird verhindert, dass der allgemein verbreitete Unmut sich allein im linken politischen Spektrum sammelt und damit den Widerstand gegen die Spardiktate stärkt. Die Goldene Morgenröte verschafft der Wut der Menschen ein für die Herrschenden ungefährliches Ventil. Sie lenkt sie in eine nationalistische und rassistische Richtung.
2. Die Angriffe der Faschisten – in Kooperation mit den Sondereinheiten der Polizei – dienen zudem der Einschüchterung von Flüchtlingen und von linken AktivistInnen aus Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und Parteien.

3. Der Aufbau von Widerstandsstrukturen

Bei all unseren GesprächspartnerInnen, egal aus welchem Bereich des sozialen und politischen Widerstandes, spielte das Erstarken der »Morgenröte« eine wichtige Rolle. Es wurden die Parallelen zur Weltwirtschaftskrise und zum Ende der Weimarer Republik angesprochen. Und wir wurden nach unseren historischen Erfahrungen in Deutschland gefragt. Einig waren sich fast alle unsere Gesprächspartner in drei Dingen:

1. Die Leute wollen praktische Lösungen und keine großen Worte. So wird die Vernetzung der sozialen Selbsthilfinitiativen und der Betriebsgewerkschaften von Seiten der Linken auch zu einem zeitlichen Wettlauf mit der »Morgenröte« um den Einfluss innerhalb der zusehends verändernden Bevölkerung.
2. Es bedarf angesichts der Regierungspolitik und des Entstehens einer faschistischen Massenbewegung einer ein-

heitlichen Front auf der Linken. Doch die scheitere an deren Zerstrittenheit, vor allem am sektiererischen Vorgehen der KKE und von dessen Gewerkschaftsbund, der PAME.

3. Griechenland wurde zu einem Experimentierfeld der Troika. Auf sich allein gestellt, kann die griechische Bevölkerung die Angriffe nicht zurückschlagen. Sie ist darauf angewiesen, dass auch in anderen europäischen Ländern der Widerstand wächst und ihnen zur Hilfe kommt.

Manfred, ein Teilnehmer aus Hamburg, hat die Politik der Troika gegenüber der griechischen Bevölkerung mit einem Blitzkrieg verglichen. Er soll den Angegriffenen keine Zeit lassen, um eine effektive Verteidigung zu organisieren. Innerhalb von zwei Jahren wurden die über Jahrzehnte gewohnten Formen der gewerkschaftlichen und politischen Interessenvertretung zerstört. Der Alltag – mit den früher existierenden Sicherheiten und Gewohnheiten – wurde völlig umgekrempelt. An seine Stelle trat der Kampf ums Überleben – die Angst vor Krankheiten und dem Verlust der Wohnung, vor Rechnungen und Mahnungen, die immer öfter nicht beglichen werden können, vor wachsenden Schuldenbergen bei Banken, Familienangehörigen oder Freunden. Unter diesen Bedingungen müssen unsere Kolleginnen und Kollegen in Griechenland

- den Widerstand aufrechterhalten,
- effektivere Strukturen der gewerkschaftlichen und sozialen Gegenwehr aufbauen
- und nach einem gesellschaftlichen Ausweg suchen.

Nach einigen Tagen des Aufenthalts in Athen haben wir alle die Spannungen gespürt, die in der Luft lagen. »*Ein drittes Memorandum vertragen wir nicht mehr*«, lautete die Botschaft. Die Spannungen haben sich mit den Streiks und Demonstrationen anlässlich der Verabschiedung des dritten Memorandums entladen. Sie werden die kommenden harten Wintermonate und die Umsetzung der Spardiktate begleiten. ■

Όχι σε λιτότητα και εθνικισμό! Ταξίδι αλληλεγγύης στην Ελλάδα, 15-22 Σεπτεμβρίου 2012

Στην ομάδα μας ανήκουν συνάδελφοι και συνάδελφισσες από τη Γερμανία, την Ελβετία, την Αυστρία, την Ισπανία και τη Σερβία. Εργάζομαστε σε διάφορους κλάδους και μέλη διάφορων συνδικάτων και πολιτικών προπορευτικών και οργανώσεων. Αυτό που μας ενώνει και μας έφερε εδώ: θέλουμε να δείξουμε την αλληλεγγύη μας στην Ελλάδα!

Τα τελευταία δύο χρόνια, υπό την εξουσία της Τρόικα, τόσο οι μισθοί όσο και τα επόδια αναρρώσεις, οι συντάξεις και ο κατώτατος μισθός υπέστησαν φοβερές μειώσεις. Το σύστημα υγείας, όπως και ολόκληρο το κοινωνικό κράτος, έχουν σχεδόν καταρρεύσει. Η ανεργία ανέβηκε σε επίπεδα-ρεκόρ.

Η γερμανική κυβέρνηση, αφού η γερμανική οικονομία επωφελήθηκε τα μέγιστα από την Ευρωζώνη, συνέβαλε αποφασιστικά στο σχεδισμό και στην επιβολή μιας πολιτικής αμείλικτης λιτότητας, χωρίς να διαφαίνεται το τέλος αυτού του εκβιασμού. Η Ελλάδα έγινε το παράδειγμα εφαρμογής της καπιταλιστικής επίλυσης της κρίσης στην Ευρώπη. Οι κυβερνήσεις σε Ιταλία και Ισπανία ακολούθησαν με δική τους προγράμματα λιτότητας το ελληνικό πρότυπο. Η λογική του λέει: για να σωθούν επενδύσεις, κεφαλαίοι και οι τράπεζές τους, τα βάρος της κρίσης θα φορτωθούν στο λαό.

Οι κυβερνώντες προσπαθούν να μας αποσπάσουν την προσοχή από τις αιτίες της κρίσης και τις πολιτικές επιπτώσεις. Θέλουμε να εμβαθύνουμε τις κοινωνίες και της Ευρώπης μετατρέποντάς σε αποδιοργανωμένες τρέφους. Στην Ελλάδα οι κυβερνήσεις και τα δεξιά κόμματα κατηγορούν τους πρόσφυγες για την κοινωνική εξάλειψη. Στη Γερμανία η κυβέρνηση ισχυρίζεται ότι για την κρίση ευθύνονται οι «επιεικέλεις» Έλληνες και Νοτιοευρωπαίοι». Θέλουμε να αντιμετωπίσουμε σε αυτά τα θέματα.

Για αυτό αποφασίσαμε να έρθουμε στην Ελλάδα. Θέλουμε να αποκτήσουμε τις δική μας εκόνη της κοινωνικής κατάστασης. Θέλουμε να εκκινήσει με εκείνους που εδώ και δύο υπάκουσες επαφές και να κίνουμε νέες με εκείνους. Μετά την επιστροφή μας χρόνια αμύνονται απάνται στην πολιτική λιτότητα. Μετά την επιστροφή μας θα μεταφέρουμε τις εμπειρίες μας στους εργαζόμενους των πατρίδων μας, ούτως ώστε η ίδια της χωρίς στήριξη αλληλεγγύης να δυναμώσει και να διαδοθεί.

Να αντιτάξουμε στην από τα πάνω επίλυση της κρίσης την αλληλεγγύη από τα κάτω!

Nein zu Spardiktaten und Nationalismus!

Solidaritätsreise nach Griechenland, 15. bis 22. September 2012

Zu unserer Reisegruppe gehören Kolleginnen und Kollegen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz, Spanien und Serbien. Wir arbeiten in unterschiedlichen Branchen und sind in verschiedenen Gewerkschaften als auch politischen Initiativen und Gruppen aktiv.

Was uns eint und zusammengeführt hat: Wir wollen in Griechenland ein Zeichen der Solidarität setzen! [...] Die deutsche Regierung war, nachdem die deutsche Wirtschaft am stärksten von der Eurozone profitiert hat, federführend an der Ausarbeitung und Durchsetzung der unerbittlichen Spardiktate beteiligt – und ein Ende der Erpressung ist nicht absehbar. Griechenland wurde zum Exempel für die Umsetzung der kapitalistischen Krisenlösung im europäischen Raum. [...] Die Herrschenden versuchen von den Ursachen der Krise und von den politisch Verantwortlichen für die Spardiktate abzulenken. Die Schwächsten in der Gesellschaft und in Europa werden zu Sündenböcken gestempelt. In Griechenland machen Regierungsvertreter und Rechtsparteien die bei Euch lebenden Flüchtlinge für die soziale Misere verantwortlich. In Deutschland behauptet die Regierung, die »faulen Griechen und Südeuropäer« seien an der Wirtschafts- und Finanzkrise schuld. Diesen Lügen wollen wir entgegenreten. Wir wollen uns selbst ein Bild machen von den sozialen Zuständen. Wir wollen Kontakte vertiefen und neue aufbauen mit denjenigen, die sich seit zwei Jahren gegen die Spardiktate zur Wehr setzen. Nach unserer Rückkehr werden wir die gewonnenen Erfahrungen an die arbeitenden Menschen in unseren Heimatländern weitergeben – damit die Idee der grenzübergreifenden Solidarität stärker wird und sich ausbreitet. (Übersetzung aus dem Flugblatt der Reisegruppe)